

Länder

Kolumbien: Terror und Mord gegen GewerkschafterInnen

Von Claudio Reiser | 1. Dezember 2004

Die Politik der Multinationalen Konzerne am Beispiel Coca Cola

Die Politik der Multinationalen Konzerne am Beispiel Coca Cola

In den letzten 15 Jahren wurden in Kolumbien 4000 GewerkschafterInnen von „Todesschwadronen“ ermordet. In keinem Land der Welt werden so viele GewerkschafterInnen umgebracht. Am meisten betroffen sind Mitglieder der Gewerkschaft in der Erdölindustrie, die sich u.a. gegen den Ausverkauf der nationalen Erdölindustrie zur Wehr gesetzt haben und GewerkschafterInnen bei multinationalen Konzernen, Coca Cola und Drummond, einem US-amerikanischen Bergbaukonzern.

Fast immer gehen die Mörder straffrei aus. Darüber hinaus erhalten auch Richter, die den Versuch unternehmen, diese Verbrechen aufzuklären, Todesdrohungen. Etwa die Hälfte der 10 000 GewerkschaftsfunktionärInnen befinden sich auf schwarzen Listen der Paramilitärs und sind akut mit dem Tode bedroht. Die Paramilitärs arbeiten im Krieg gegen alle sozialen Bewegungen eng mit dem kolumbianischen Militär zusammen, das im Rahmen des Plan Colombia Milliarden Dollar an US-Militärhilfe erhält.

Karawane für das Leben

Diese lebensbedrohliche Situation war der Grund für die Initiative von 21 kolumbianischen Gewerkschaften, eine „Karawane für das Leben“ in Kolumbien durchzuführen. Diese Solidaritätskarawane fand Ende Juni dieses Jahres statt. An ihr nahmen GewerkschafterInnen aus 9 verschiedenen Ländern Europas und Nordamerikas teil.

In der Folge dieser Karawane war Ende Oktober Edgar Paez, der internationale Sekretär der kolumbianischen Nahrungsmittelgewerkschaft SINALTRAINAL (Sindicato Nacional de Trabajadores de la Industria de Alimentos) auf einer Rundreise in mehreren deutschen Städten. SINALTRAINAL wurde vor 10 Jahren von ArbeiterInnen gegründet, die überwiegend in Abfüllfabriken des Coca-Cola Konzerns beschäftigt waren.

Zu Beginn der neunziger Jahre arbeiteten in den verschiedenen Coca Cola-Niederlassungen im ganzen Land rund 10 000 ArbeiterInnen mit unbefristeten Arbeitsverträgen und einem Durchschnittseinkommen von 600 bis 700 \$ US. Zehn Jahre später sind nur noch 2 500 ArbeiterInnen direkt bei der Coca Cola-Tochter Panamco beschäftigt – davon nur 500 mit unbefristeten Verträgen. Die Mehrheit, rund 7500 KollegInnen, sind über Subunternehmer beschäftigt und verdienen lediglich 150 \$ US. Damit sank auch die Zahl der gewerkschaftlich organisierten KollegInnen: Anfang der neunziger Jahre waren es 2500 heute sind es nur noch rund 500.

Die Paramilitärs können sich bei Coca Cola ohne Probleme bewegen. In den letzten 14 Jahren gab es eine Reihe von Morden an Gewerkschaftsvertretern und an deren Familienmitgliedern. In einigen Fällen wird die ganze Familie ausgelöscht, wie im Falle des lokalen Präsidenten von SINALTRAINAL in der Stadt

Bucaramanga im April dieses Jahres.

Unzählige GewerkschaftsvertreterInnen wurden zudem entführt, verschleppt und gefoltert. Ziel dieses Terrors ist es, die ArbeiterInnen zur Aufgabe gewerkschaftlicher Rechte und zum Austritt aus der Gewerkschaft zu zwingen. Obwohl die Bosse damit einigen Erfolg hatten, gibt es nach wie vor Widerstandsaktionen, wie zum Beispiel ein mehrwöchiger Hungerstreik im Frühjahr dieses Jahres gegen die geplante Schließung von 9 der insgesamt 14 Fabriken.

Solidarität gefragt

Edgar Paez ist vor allem nach Europa gekommen, um UnterstützerInnen für eine Kampagne gegen den Coca Cola-Konzern zu finden. Dies führte ihn auch zum europäischen Sozialforum im Oktober in London. Bereits im Jahr 2002 fanden drei internationale Anhörungen über die Menschenrechtsverletzungen durch den Coca Cola-Konzern statt. Im Februar 2003 wurde dem Konzern ein Forderungskatalog vorgelegt. Dort wurden beispielsweise Entschädigungen für die Familien der ermordeten GewerkschafterInnen gefordert. Bis heute gab es darauf keinerlei Reaktion.

Deswegen soll jetzt ein Boykott gegen Coca Cola organisiert werden. Paez beklagte sich über die mangelnde Unterstützung der Internationalen Union der Lebensmittelgewerkschaften(IUL) beim Vorgehen gegen die verbrecherische Politik des Coca Cola-Konzerns in Kolumbien. Die IUL verweigert SINALTRAINAL bis heute die Aufnahme.

Die Gewerkschaft Nahrung Genuss Gaststätten (NGG) lehnt das Mittel des Boykotts ab. Der Gesamtbetriebsrat bei Coca Cola in Deutschland hat die Arbeit von SINALTRAINAL öffentlich kritisiert und Zweifel darüber geäußert, wie sich diese Gewerkschaft finanziert.

Positiv wertete Paez, dass er trotzdem Mitte November in Rom die Möglichkeit hat, an einem Treffen von VertreterInnen internationaler Nahrungsmittelgewerkschaften teilzunehmen und das dort die Situation bei Coca-Cola in Kolumbien ein Thema sein wird. Gerade in Italien gibt es einige Bereitschaft den Boykott-Vorschlag aufzugreifen.

Auch die US-amerikanische Stahlarbeitergewerkschaft (USWA) verhält sich nach wie vor solidarisch, auch wenn sie sich nicht am Boykott beteiligen will. Die USWA hat wegen der Untätigkeit der kolumbianischen Justiz bei der Verfolgung der bei Coca Cola verübten Verbrechen, eine Zivilklage gegen den in Atlanta ansässigen Mutterkonzern eingereicht. Sollte diese Klage in den USA zugelassen werden, werden weitere gegen in Kolumbien tätige Multinationale Konzerne folgen.

Der beste Schutz für unsere bedrohten KollegInnen in Kolumbien ist jedoch unsere Solidarität. Sie haben den Vorschlag gemacht, die „Karawane für das Leben“ auch im nächsten Jahr wieder zu organisieren.

Dieser Beitrag wurde publiziert am Mittwoch den 1. Dezember 2004
in der Kategorie: [Länder](#), [RSB4](#).